

Arbeitgeberfürsorge für unsere Krieger.

Köln, 10. November.

Die Sorge, was nach dem Kriegsende mit den zurückkehrenden Arbeitern werden würde, beschäftigt naturgemäß auch die Arbeitgeber. Das sie bereits im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung und den Arbeitnehmerorganisationen entsprechende Beschlüsse gefasst hat, um das Wirtschaftsleben in dieser ersten Zeit in geregelten Bahnen zu halten, haben wir mitgeteilt. In einer gestrigen Sitzung im großen Gürzenichsaal, zu der Regierungspräsident v. Starck und Oberbürgermeister A. Denauer die Unternehmer der Rüstungsindustrie von Köln und Umgebung geladen hatte, und die Generaldirektor Große leitete, stellte man sich einmütig auf den erwähnten Standpunkt. Generaldirektor Becker legte in längeren Ausführungen dar, daß man sich die Demobilisierung in anderer Weise gedacht habe, nämlich in einem allmählichen Abbau der Rüstungsindustrie, daß man aber heute mit einem unmittelbaren Waffenstillstand rechnen und ferner damit, daß schon während der Friedensverhandlungen eine Menge Heeresangehöriger von der Front zurückströme. Da sei es Ehrenpflicht der Industrie, die Leute, die jahrelang dem Ansturm der Feinde getrotzt und Leben und Gesundheit aufs Spiel gesetzt haben, wieder in ihre berufliche Tätigkeit einzustellen. Die Aufgabe sei allerdings dadurch erschwert, daß es sich auch noch um die Unterbringung vieler ungeschulten Arbeitskräfte handle, die jetzt in der Rüstungsindustrie tätig sind. Zu dem Zwecke, die Mittel und Wege zu finden, um einer Beschäftigungslosigkeit entgegenzutreten, hat sich ein Ausschuß gebildet, der zusammen mit dem Regierungspräsidenten und dem Oberbürgermeister bemüht war, schon vorbereitend tätig zu sein. Bekannt sind ja auch die Beschlüsse, die die städtischen Behörden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefaßt haben. Immerhin wird sich die Überleitung der Rüstungsarbeiter in eine andere Tätigkeit noch einige Zeit hinziehen, zumal die Rohstoffe nicht sofort zur Verfügung stehen werden. Man zweifelt aber nicht daran, recht bald das Problem lösen zu können. Wie Generaldirektor Becker ausführte, hiesse es den Ernst der Lage verkennen, wollte man nicht dafür sorgen, für die in Köln und Umgebung immerhin beteiligten hunderttausend Menschen die nötigen Existenzmittel beizubringen. Es muß rasch und energisch von allen Seiten geholfen werden, wenn sich nicht der großen Arbeitermassen eine weitere Erregung bemächtigen soll. Ein großer Teil der Industrie hat sich erfreulicherweise bereit erklärt, an dem Tage, an dem die Rüstungsarbeiten eingestellt werden müssen, keinerlei Arbeiterentlassungen vorzunehmen und die Leute mindestens eine Woche, wenn möglich zwei Wochen, in irgendeiner Weise durch Ausräumungs- oder sonstige Arbeiten zu beschäftigen. Der Redner richtete die dringende Bitte an die Inhaber aller Werke, in gleichem Sinne vorzugehen, nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, sondern auch im eigenen Interesse; er glaube, daß sich kein Unternehmer (auch nicht die Kleinsten) dieser Pflicht würden entziehen können. Es muß anerkannt werden, daß die Arbeiterschaft trotz der vielen Entbehrungen und Leiden während des Krieges die Geduld nicht verloren und dazu beigetragen hat, den Feind aus dem Lande fernzuhalten, und eine Vernichtung der industriellen Anlagen zu vermeiden. Die Industrie möge sich nicht nur von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen, sondern für die Übergangswirtschaft die notwendigen Opfer bringen, von dem Standpunkte aus, den Abstand zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht zu vergrößern, vielmehr dazu beitragen, die Gegensätze zu mildern, damit es möglich wird, in gemeinsamer Arbeit den wirtschaftlichen Ausbau in voller Ruhe zu bewerkstelligen. Man zweifelt nicht daran, daß der stark entwickelte Unternehmungsgeist unserer Industrie und die hervorragenden Fähigkeiten der deutschen Arbeiterschaft dazu angetan sind, auch in Zukunft auf dem Weltmarkt in die Schranken des Wettbewerbs einzutreten.

Bürgermeister Förner konnte unter dem Beifall der zahlreichen Versammlung verkünden, daß die Mitglieder des Verbandes der Metallindustrie sich verpflichtet haben, ihre Arbeiter mindestens 14 Tage vom Beginn des Waffenstillstandes an weiter zu beschäftigen und zu entlohnen und sie so für diese Zeit wenigstens der Sorge zu entheben. Er zweifelte nicht daran, daß auch andere organisierte Verbände ähnliche Beschlüsse fassen und sprach die Hoffnung aus, daß auch die nicht-organisierten Betriebe ihrer Pflicht in dieser Weise nachkommen. Baurat Köttgen gab im Auftrage des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes, der dem Verein der Industriellen angegliedert ist, eine ähnliche Erklärung ab; er fügte hinzu, daß es heute nicht nur Pflicht jedes einzelnen sei, in diesem Sinne zu helfen, sondern Pflicht gegenüber den Mitbürgern, der Vaterstadt und des Vaterlandes.

Regierungspräsident v. Starck bezeichnete es noch als Pflicht aller besonnenen Leute, mit aller Kraft den Betrieb unserer Volkswirtschaft aufrechtzuerhalten, weshalb auch die dankenswerte Zusage der Betriebe weitergehen müsse als bis jetzt zugesagt. Es mögen alle, die dazu in der Lage seien, bemüht sein, ihre Betriebe nicht nur 14 Tage lang, sondern möglichst dauernd im Gange erhalten, um an der Aufrechterhaltung der Ruhe mitzuwirken. Oberbürgermeister A. Denauer schloß sich den Dankesworten des Vorredners an die Industrie an und gab aus seiner genauen Kenntnis der Dinge eine Schilderung der gegenwärtigen Lage, wobei er betonte, daß die Verhältnisse für die nächste Zeit wirklich gefährlich und schlimm seien. Die Schuld liege nicht etwa an verkehrten Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrats, sondern an den Verhältnissen, die stärker seien. Die Betriebsbesitzer würden sehr viel dazu beitragen können, daß diese Gefahr, die über unser aller Haupt schwebt, wenigstens einigermaßen vorüberziehe, und die gegenwärtigen finanziellen Opfer würden billiger sein, als wenn sie solche nicht bringen würden. Von den Soldaten, die schon heute sehr zahlreich von der Front zurückkommen, und deren Zustrom sich von Stunde zu Stunde steigere, seien heute schon viele bereit, sofort in Arbeit zu treten. Die Demobilisierung scheine in der denkbar schlimmsten Form einzutreten, daher die große Gefahr sowohl für die Arbeitgeber als auch die Arbeiterschaft. Aus diesem Grunde müssen alle Faktoren, die Arbeitnehmer, die Behörden und die Arbeiterschaft, zusammenarbeiten, um der Gefahr Herr zu werden.

Diese Ausführungen des Stadtoberhauptes wurden mit großem Beifall aufgenommen, woraus man die Bereitwilligkeit der industriellen Betriebe zu weitestgehender Unterstützung der gemachten Vorschläge entnehmen darf. Der Vorsitzende bestätigte das auch, indem er hinzufügte, daß wohl die überwiegende Mehrheit der durch Rundschreiben benachrichtigten Firmen sich auf den Boden der Vorschläge gestellt hat. — Gewerkschaftssekretär Schmitz sprach für die einstimmige Stimmung zugunsten der gegenwärtigen Hilfsaktion und für die hochherzigen Beschlüsse des Unternehmertums den Dank der Arbeiterschaft aus.